Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: 80 Pf. monatl., 2.40 Mk. vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 70 Pf. monatl., 2.10 Mk. vierteljährl.

Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 2.60 Mk., monatl. 1.30 Mk. ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden und Schweiz. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnements-Annahme: Johannisgasse 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis 10 Pf.

Telegr.-Adresse: Leipzig 808.

Tel.-Anschl. 14 692 (Nachtanschluß) 14 693 14 694

Bankkonto: Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Leipzig 7177. Deutsche Bank, Filiale Leipzig Dep.-Kasse Grimm. Steinweg 4.

Telegr.-Adresse: Leipzig 808.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 30 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr Gesamtauflage 5 Mk. p. Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilage höher. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Druck und Verlag von Fischer & Kürsten. Inhaber: Paul Kürsten.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, 1 (Telephon 4621).

Nr. 301. Sonnabend, den 15. Juni 1912. **106. Jahrgang.**

Unsere gestrige Abendausgabe umfaßt 10 Seiten, die vorliegende Morgennummer 16 Seiten, zusammen

26 Seiten.

Das Wichtigste.

* Die Großherzogin Marie Adelheid von Luxemburg vollendete gestern ihr 18. Lebensjahr und erlangte damit Volljährigkeit. (S. Ausl. S. 3.)

* Der englische Transportarbeiterstreik flaut immer mehr ab. (S. Letzte Dep. S. 3.)

* Das Urteil im Spionageprozeß gegen den Buchhalter Napoleon Barbier ist heute nachmittag zu erwarten. (S. Gerichtssaal S. 7.)

* Heute nachmittag 4 Uhr nehmen die für zwei Tage berechneten Offiziersflüge auf dem Flugplatz Lindenthal ihren Anfang. (S. Sport S. 8.)

* Theateranzeigen siehe Seite 16.

Der Lordkanzler.

△ Vor einigen Monaten schienen hinter dem englischen Kriegsminister Lord Haldane seine sämtlichen Kollegen an Bedeutung zurückzutreten. Es ist gewiß keine patriotische Ueberhebung, wenn wir meinen, daß hinter dem Verhältnisse zu Deutschland gegenwärtig alle anderen Fragen von Englands auswärtiger Politik an Wichtigkeit zurücktreten; denn in den Beziehungen zu Frankreich und zu Rußland handelt es sich ja nur um etwaige Vertiefung oder Ausbau der bestehenden Ententes Cordiales zu förmlichen Bündnisverträgen. Das Verhältnis zum Deutschen Reiche wirkt aber vermittels der Schwankungen im Flottenbautempo sogar auf die innere Politik zurück, da Meinungsverschiedenheiten mit dem antimilitaristisch gesinnten radikalen Flügel der herrschenden Partei über die Verwendung des vielberufenen 6½ Millionen-Ueberschusses unter Umständen zum Sturze des Kabinetts führen können.

Und die bessere Ausgestaltung dieses so wichtigen Verhältnisses zu Deutschland hatte man im Mittwinter mit Umgehung des Ressortministers in die Hände seines Kollegen vom Kriegsamte gelegt, der durch die Natur seines Amtes zum Friedensboten eigentlich am wenigsten geschickt schien. Man kennt ja die inneren Beweggründe dieser Wahl zur Genüge. Haldanes rühmliche Kenntnisse von deutscher Sprache und Art waren durchaus nicht hauptbestimmend gewesen: das Entscheidende war, daß er in Berlin als Persona grata und Grey als Multo minus grata galt. Ein Zweifel, daß Haldane persönlich die ehrlichsten Absichten zu einer aufrichtigen Verständigung mitbrachte, bestand an keiner Stelle und besteht auch jetzt ebensowenig.

Indessen ist doch der Erfolg jener großes Aufsehen erregenden Berlinfahrt vom Januar, der zunächst von Asquith wie von Bethmann in offiziellen Erklärungen noch optimistisch beurteilt wurde, verzweifelt gering gewesen. Ein Rückfall des Rüstungsfiebers hat die nachweihnachtliche Friedensstimmung bald wieder abgelöst. Die Mittelmeerreisen englischer Minister mit Besuch des französischen Bizerta, das angekündigte neue Reval: das alles ist schwer mit den deutsch-englischen Annäherungsabsichten unter einen Generalnenner zu bringen. Auch Lord Haldane selbst scheint durch seine jüngste Rede von Marylebone, welche nur noch das Thema verstärkter Rüstungen zu Wasser und zu Lande behandelt haben soll, einen Strich unter das Kapitel von seiner Friedensmission gezogen zu haben. Vorher schon hatte er eine zweite Reise in die deutschen Gaue ausgeführt, aber so ziemlich die Reichshauptstadt und alle sonst möglichen Treffpunkte mit maßgebenden politischen Persönlichkeiten vermieden, daß es fast wie Absicht aussah, die vordem mehr vorgeschützten persönlichen Reisezwecke dieses Mal etwas kräftiger zu unterstreichen.

Um ihn aber aller weiteren Verlegenheiten zu überheben, hat man ihn gleichzeitig durch einen Aemterwechsel den mannigfachen Berührungen mit der auswärtigen Politik entrückt, die die Behandlung der Heeresfragen ihm bisher geboten hatte. Denn so ist doch wohl seine soeben erfolgte Berufung zum Lordkanzler und Großsiegelbewahrer aufzufassen, zu Aemtern, mit denen der Sprecherposten im Oberhause verknüpft ist. In den Beurteilungen wird vielfach das Hauptgewicht auf das hohe Ansehen dieser Stellung gelegt. Gewiß: die oberste Aufsicht über die Gerechtigkeitspflege sticht gerade beim englischen Volke, dessen lebendiger Eifer um eine korrekte Rechtsprechung mit manchen seiner Schwächen versöhnt, um den Inhaber des Amtes einen besonders hell strahlenden Nimbus; und der außerordentlich hohe Bezug von 10 000 Pfund entspricht solcher Wertschätzung. Es ist aber irrtümlich, diese „Beförderung" gewissermaßen als die Vorstufe zu dem politisch bedeutsamsten Staatsamte zu betrachten. Schon daß uns Ausländern der Name seines Vorgängers Lord Loreburn so überaus unbekannt geblieben ist, zeigt, wie weit der Posten vom Mittelpunkte des weltpolitischen Interesses abgerückt ist. In Großbritanniens innerem Staatsleben bleibt natürlich der Sprecher des Oberhauses eine gewichtige Person; aber doch nur im Verhältnisse zur Bedeutung des Oberhauses überhaupt, die erst im Vorjahre wieder eine so starke Schwächung erfahren hat. Hinzuzufügen ist noch, daß selbst der konservativen Partei es schwer fallen wird, künftig wieder einmal einen Premierminister dem Oberhause zu entnehmen, nachdem unter Lord Salisbury und sogar schon unter dem geadelten Beaconsfield die Nachteile offensichtlich geworden sind, daß der leitende Staatsmann nicht im Unterhause reden darf.

Wenn wir uns nun aber auch der Hoffnung entschlagen müssen, daß einmal eine Welle den vielleicht deutschfreundlichsten Staatsmann des gegenwärtigen Englands an die oberste Leitung der Geschäfte emporschwemmen möchte, so kann immerhin sein Wort im Kabinett und Geheimrat künftig in umfassender Weise auch in Fragen außerhalb seines neuen Ressorts zu Gehör kommen und durch das Gewicht seiner hohen Würde sogar begünstigt werden. Von einer förmlichen „Kaltstellung" zu sprechen, ist darum auch wohl zu viel gesagt. Um so mehr, als Haldanes gründlicher Vorbildung das neue Amt näher liegt, als gerade die Verwaltung des Kriegswesens dem Zivilisten, und es ihm bei der ersten Bildung des liberalen Kabinetts hauptsächlich seines noch zu jugendlichen Alters wegen versagt wurde. Seines bewiesenen guten Willens aber zu einer ehrlichen Verständigung mit unserm Reiche werden wir dankbar eingedenk bleiben, auch wenn die kurze „Episode Haldane" schon ihren endgültigen Abschluß gefunden haben sollte.

Hinaus in die Provinz!

Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz" schreibt:

Die Abwanderung der jüngeren Arbeitskräfte nach den Großstädten, die schon seit Jahrzehnten auf dem platten Lande und in den mittleren und kleineren Provinzstädten als eine große Kalamität empfunden wurde, wird jetzt auch den großstädtischen Arbeitern unbequem. Auf verschiedenen Gebieten des gewerblichen Lebens herrscht zurzeit in Berlin und in anderen Großstädten ein besorgniserregender Andrang am Arbeitsmarkte und eine auffallend große Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grunde sehen sich neuerdings verschiedene Arbeitnehmerorganisationen genötigt, ihre jüngeren Mitglieder zur Abwanderung in die Provinz zu veranlassen.

Am ungünstigsten ist das Angebot am Arbeitsmarkte des Holzgewerbes verteilt. Die höheren Lohnsätze der Großstadt, der Glaube, daß in den besonders berühmten Großbetrieben Berlins usw. die Ausbildung noch auf ein höheres Niveau gebracht werden könne und nicht zuletzt auch das Bestreben, das großstädtische Leben kennen zu lernen, haben eine überaus starke Wanderung von Holzarbeitern aller Art aus der Provinz nach Berlin, Hamburg usw. veranlaßt. So kommt es, daß im März d. J. in Berlin insgesamt 6229, im April 6507 und im Mai 6475 Holzarbeiter arbeitslos waren. Diese ungünstige Lage des großstädtischen Arbeitsmarktes bildet naturgemäß eine ständige Gefahr für die Aufrechterhaltung der vereinbarten Arbeitsbedingungen und ein Hindernis gegen jeden Versuch der Arbeitnehmerorganisationen, weitere Verbesserungen zu erreichen. Die Situation wird im Holzgewerbe noch dadurch verschärft, daß in den letzten Jahren in Berlin und anderen Großstädten auffallend wenig größere Betriebe neu errichtet worden sind, während in der Provinz zahlreiche neue Unternehmungen entstanden sind. In ähnlicher Weise wie der Holzarbeiterverband sucht auch die gewerkschaftliche Organisation der Buchdrucker und Schriftgießer auf eine rationelle Verteilung des Angebots am Arbeitsmarkte hinzuwirken. Immer wieder wird in Zirkularen und in der Gewerkschaftspresse eine Entlastung des Arbeitsmarktes in den Großstädten zugunsten der Provinz verlangt, ferner sollen die jungen, ungebundenen Kollegen nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer Abwanderung nach der Provinz hingewiesen werden. Nicht nur den aus der Provinz zugezogenen Arbeitskräften wird die Rückwanderung anempfohlen, auch der großstädtische Nachwuchs wird darauf hingewiesen, daß er in den mittleren und kleineren Provinzbetrieben weit mehr Gelegenheit hat zu umfassender Weiterbildung, als in den modernen Großbetrieben, in denen eine gewisse Einseitigkeit der Arbeitsweise vorherrscht.

Daß jetzt auch die Arbeitnehmerorganisationen dazu übergehen, eine positive Arbeitsmarktpolitik zu treiben, bedeutet zweifellos im volkswirtschaftlichen Sinne einen großen Fortschritt. Während vom großstädtischen Warenmarkt ganz selbstverständlich bei starkem Ueberangebot die Zufuhren nach Möglichkeit ferngehalten werden, hat man bisher der planlosen Zuwanderung von jungen Arbeitskräften nach den Großstädten ziemlich ruhig zugesehen. Aehnlich wie im Holzgewerbe und in der Buchdruckerei liegen die Dinge bekanntlich noch in einer ganzen Reihe anderer Gewerbezweige. Hier kann nur durch planmäßige Arbeitsmarktpolitik unter Aufbietung des ganzen Einflusses der Gewerkschaften eine befriedigende Lösung erreicht werden. Immerhin befinden sich die gewerblichen Arbeiter noch in einem ganz erheblichen Vorteil gegenüber anderen Berufsgruppen, die mangels straffer Organisationen nicht zu einer Beseitigung ähnlicher Mißstände gelangen können. Es sei hier vor allem auf die ganz unheimlich starke Ueberfüllung des Bankbeamten- und des Aerzteberufs in den Großstädten, besonders in Berlin, hingewiesen. Es ist bekannt, unter welch ungünstigen Bedingungen das Gros der Berliner Bankbeamten arbeitet. Auch ein großer Teil der in der Reichshauptstadt praktizierenden Aerzte muß sich mit einem Einkommen begnügen, das in gar keinem Verhältnis zu ihrer Vorbildung, ihren Leistungen und ihrer aufreibenden Tätigkeit steht. Auch hier gilt jetzt mehr der Ruf: „Meidet die Großstadt! Hinaus in die Provinz!"

Ueber Erfahrungen mit der kinematographischen Zensur

plaudert in der jüngsten Nummer der „Deutschen Juristenzeitung" Regierungsrat Dr. Lindenau vom Berliner Polizeipräsidium, der über reiche Erfahrungen auf diesem Gebiete verfügt. Er ist kein Gegner des guten Lichtspiels, dem er jede Unterstützung gewähren will, doch sind leider die Mißbräuche der Kinotechnik nicht mehr selten. Ein erheblicher Teil der Kinobesitzer und die Filmfabriken spekulieren auf die niedrigen Instinkte der Massen, und in jeder Woche müssen von der Berliner Zensur Bilder beanstandet werden, die Schafottszenen, Königsmord, Straßenprostitution, Kaschemmenszenen, anstößige Tänze, Verbrechertricks, Wechselfälschung, Operationen, Scheintod, Vivisektion und so weiter behandeln. Diese Films sollen erst in den 300 Berliner Kinos gezeigt werden und gehen dann in das Reich hinaus. Gegen diese Auswüchse muß angekämpft werden. Lindenau zeigt verschiedene Wege hierfür. Zunächst müssen die Kinos in die konzessionspflichtigen Gewerbe eingereiht werden, was auch der Reichstag gewünscht hat. Jede Neueröffnung muß vom Nachweise des Bedürfnisses abhängig gemacht werden (§ 33a Gewerbeordnung, Ziffer 3). Ferner ist eine amtliche Filmprüfung vor der Genehmigung der Aufführung des Films notwendig. Kein Film darf ohne Genehmigung aufgeführt werden. Preußen ist in dieser Richtung vorbildlich durch Ministerialerlasse vorgegangen, die die Auswüchse im ganzen ziemlich beseitigt haben. Da die meisten Films der Berliner Kinozensur unterliegen, so hat das Berliner Polizeipräsidium eine Liste der genehmigten Films herausgegeben, die die Arbeiten der übrigen Polizeiverwaltungen wesentlich erleichtert. Aehnliche Einrichtungen bestehen in anderen Bundesstaaten. Die landesgesetzlichen Zensurbefugnisse haben sich auch als ausreichend erwiesen, sittlich anstößige Films und Schundfilms zu unterdrücken.

Zu begrüßen wäre trotzdem aber die Schaffung einer Reichszentralstelle für Prüfung der Films, die, aus Pädagogen, Aerzten, Künstlern und Fachleuten zusammengesetzt, die voneinander abweichenden Entscheidungen der Ortspolizeibehörden ausgleicht. Die Vereinheitlichung der Filmzensur durch eine Zentralstelle würde einen Fortschritt bedeuten.

Der Autor lenkt die Aufmerksamkeit noch auf einen andern Mißstand, die Kinoreklame durch bunte Plakate. Diese Reklame bedarf keiner Genehmigung, doch entsteht die Frage, ob die oft beliebte Reklame nicht das Wesen des erlaubten Geschäftsbetriebs überschreitet, da der Inhalt der Plakate vielfach Formen angenommen hat, die einen öffentlichen Skandal bedeuten. Was hier an blutrünstiger und anstößiger Schauerromantik geboten wird, übertrifft noch die verderblichsten Schundfilms, es ist schwer, sich dem Anblick dieser Auswüchse des Straßenlebens zu entziehen. Es ist für die Polizei sehr schwierig, hier einzuschreiten, so daß ein gesetzgeberisches Eingreifen notwendig erscheint. Das Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß gedruckte Plakate als Preßerzeugnisse im Sinne des § 2 des Reichspreßgesetzes der polizeilichen Präventive entzogen seien. Die Polizei kann nur eingreifen bei Plakaten, die strafbare Tatbestände enthalten oder die über den Rahmen einer gewerblichen Ankündigung hinausgehen.

Englische Mittelmeersorgen.

Erst bei der Aussage der Maltakonferenz, zu der in den Pfingsttagen der Premier Asquith, Lord Churchill und Lord Kitchener auf dem vom Mittelmeer umspülten Felseneiland zusammenkamen, wurde man auch in Deutschland stärker auf die Tatsache des durch den Tripoliskrieg gewaltsam gestörten Gleichgewichts im Mittelländischen Meere aufmerksam gemacht. Bis dahin hatte es vielfach nicht an Leuten gefehlt, die der Welt weismachen wollten, England und Frankreich hätten Italien in den Krieg gegen die Türken gehetzt, um Deutschland in eine unbequeme Situation gegenüber dem Alliierten und dem Freunde zu bringen. Wäre das John Bulls Absicht tatsächlich gewesen — weder die amtlichen Berliner noch die römischen Kreise haben an diese Absicht glauben wollen —, so brauchte er jetzt, wo er sich den Schaden besieht, für Spott nicht zu sorgen. Die Annahme ist bei seinem scharf ausgeprägten politischen Instinkt eher gerechtfertigt, daß er im stillen hoffte, Italien würde sich, als die Auseinandersetzung mit der Türkei sich in die Länge zog, eine militärische Schlappe holen. Eine Verminderung des italienischen Prestiges aber wäre gleichbedeutend mit einer Schwächung des Dreibunds gewesen, an der England mittelbar und unmittelbar selbsttätig und durch andere mitarbeitet.

Unter diesem rein militärisch-politischen Gesichtspunkt betrachtet, hat der italienisch-türkische Krieg für die Deutschen ein gewisses versöhnendes Moment erhalten. Seine Folgeschwere ist aber noch bedeutend gewachsen von dem Augenblick, wo Italien ins Aegäische Meer hinabstieg. Wie noch erinnerlich, sträubte sich die Londoner Diplomatie anfänglich gar sehr gegen eine Inselokkupation von seiten der Italiener, und es bedurfte des ganzen Einflusses des Petersburger Kabinetts, um Italien gegenüber englischen Pressionen die volle Aktionsfreiheit da unten zu verschaffen.

Es wäre müßig zu fragen: Was wäre geschehen, wenn England dem russischen Druck nicht nachgegeben haben würde? Die Politik rechnet nicht mit Hypothesen, sondern mit Realitäten, und Italiens Vorrücken ins östliche Mittelmeerbecken und die nicht mehr aufzuschiebende Lösung der Dardanellenfrage durch Rußland stellen eine solche rauhe Wirklichkeit für die englische Diplomatie dar, an der sie sich die Zähne auszubeißen hat, wenn Deutschland und Oesterreich nicht noch im letzten Augenblick die geradezu polizeiwidrige Dummheit begehen würden, dem italienisch-russischen Mittelmeer-Machthunger unvorhergesehene Hindernisse zur Stillung entgegenzustellen und damit dem britischen Vetter aus der wohlverdienten Patsche zu helfen.

Die Organe der öffentlichen Meinung Englands haben uns nur ein schwaches Echo von dem Weh gegeben, das jenseits des Kanals infolge der Störung des Mittelmeergleichgewichts in allen politischen Kreisen herrscht. Wie schlimm die Aktien stehen, ergeht am besten aus der Tatsache hervor, daß man sich sogar schon in liberalen Kreisen mit dem Gedanken — o Schrecken aller Schrecken! — vertraut macht, die Wehrpflicht einzuführen, um sich einmal Frankreich bündnisfähig zu machen, zum andern aber, und dies nicht zum wenigsten, um dem deutschen Heere bei einer eventuellen Invasion mit der neugeschaffenen Reichsarmee entgegentreten zu können. Die nie ganz eingeschlafene Invasionsangst nimmt bei den englischen Furchthasen jedesmal dann greifbare Gestalt an, wenn die Gefahr einer Verminderung des Wertes ihrer in der Nordsee liegenden „Hausflotte" durch eine Vermehrung der deutschen „Luxusflotte" sichtbar in die Erscheinung tritt oder wenn unten im Mittelmeer etwas nicht ganz in Ordnung ist. Heuer aber ist im schönen Lenz beides eingetreten: oben die Vermehrung, unten die Störung der alten Ordnung. God save . . . .

Auch wenn die französisch-englische Entente cordiale die Form einer Allianz annimmt, so wäre lediglich der Name gewechselt. Aber im Mittelmeer und ebensowenig in der Nordsee wäre die Sorge zum Schwinden gebracht. Denn neue Dreadnoughts und Ueberdreadnoughts lassen sich bei Bündnisstaatsfestlichkeiten nicht mit schönen Reden und Verträgen hervorzaubern. Höchstens könnten die neuen Bundesgenossen sagen, das italienische und österreichische Geschwader haben ihren Beschädigungsnachweis noch nicht abgelegt. Aber ein Rückblick auf die jüngste Geschichte der französischen Marine wird Englands Sorgen auch nicht verscheuchen können. Im übrigen aber stimmen Sachverständige in ihrem rückhaltlosen Lobe der italienischen Flotte und deren Mannschaft überein und sagen z. B., daß die letztere physisch und moralisch turmhoch über den englischen Marinesoldaten stände, deren mehr als problematischer Wert stets ein Gegenstand uneingestandener Sorge der Londoner Admiralität ist. Wie mir von vorzüglich informierter fachmännischer Seite mitgeteilt wird, baut Italien seine Schiffe mit unverhältnismäßig geringeren Mitteln, hat jedoch größere Kosten für den Unterhalt aufzuwenden. Für Ausrüstung und Operationsfähigkeit der italienischen Marine hat mein Gewährsmann nur das Prädikat „erstklassig" übrig. Er hält die Organisation der Italiener für vorbildlich sogar für die Engländer, die doch ein gewisses Vorrecht hätten, auf die strebsamen Italiener mit einer nur durch das Mitleid gemilderten Verachtung herabzublicken.

Doch halten wir uns nicht bei relativen Wertabmessungen auf, sondern gehen auf wesentliche Punkte ein. Italien besitzt als strategische Stützpunkte für seine Flotte Spezzia, Maddalena, Messina und Tarent, Frankreich Toulon und Biserta, England, abgesehen von Gibraltar, im Mittelmeer Malta, Cypern und Alexandria. Bisher konnten Franzosen und Engländer die Italiener leicht kontrollieren. Nun hat aber Italien mit Tripolitaniens Besitz noch Tobruk und Bomba als leicht zu befestigende Plätze bekommen, und es wird schwerlich geneigt sein, die Inseln Stampalia und Rhodus im Aegäischen Meere an die Türken wieder herauszugeben, die den Wert ihrer Sporaden als Flottenstützpunkte bisher zu Englands Freude nicht auszuprobieren in die Lage gekommen sind. Das alles wäre für John Bull nicht so schmerzlich, wenn er nicht auch fühlte, daß er mit seinen 14 Kreuzern der total veralteten Nelsonklasse, die er im Mittelmeer stationieren läßt, wirklich keinen Staat machen kann. Zwar könnte sein halb oder ganz verbündetes Frankreich gegenwärtig noch 12 Schiffe mit 84 Kanonen (6 von der Danton-, 5 von der Patrie- und 1 von der Suffrenklasse) der vereinigten italienischen und österreichischen Flotte von 9 Schiffen (2 von der Margherita-, 4 von der Vittorio-Emanuele-, 3 von der Franz-Ferdinand-Klasse) mit 68 Kanonen entgegenstellen. Aber schon in wenigen Monaten gestaltet sich das Verhältnis weniger angenehm für England und Frankreich im Mittelmeer. Denn dann wird Frank-

Man beachte auch die Inserate in der Abend-Ausgabe.